

Udo Brozowski
Kanalstraße 1
82362 Weilheim

Udo Brozowski . Kanalstraße 1 . 82362 Weilheim

Industrie- und Handelskammer für
München und Oberbayern
Herrn Prof. Klaus Josef Lutz
Max-Joseph-Straße 2
80333 München

Weilheim, den 07.10.2021

Sehr geehrter Herr Präsident,

zu Ihrem Artikel „Für fairen Ausgleich sorgen“ möchte ich einige Anmerkungen machen. Sie stellen einen Zusammenhang zwischen Klimawandel und der Katastrophe im Ahrtal her, der aber nicht gegeben ist. Denn in den letzten ca. 200 Jahren gab es schon zweimal ein ähnliches Hochwasser, obwohl zu der Zeit von einem Klimawandel und CO2 noch keine Rede war.

Ich sehe auch keine Möglichkeit, wie man das Klima „schützen“ kann. Es wechselte ständig und zwar auch in den Zeiten, in denen der Mensch noch keinen Einfluss nehmen konnte. Die These, dass der Klimawandel vom CO2-Ausstoß hervorgerufen wird, beruht nur auf Modellrechnungen und nicht auf Beweisen. Die Sonne hat sicherlich einen größeren Einfluss auf das Klima als CO2.

Was den Green Deal anbelangt, so bin ich der Meinung, dass die EU hier ihre Kompetenzen überschreitet. Es ist ihr von den Mitgliedsländern nicht übertragen worden, das Klima zu retten. Die Kommissionspräsidentin hat bei der Bundeswehr schon bewiesen, dass Ihre Fähigkeiten doch einigen Beschränkungen unterliegen. Für die Rettung des Klimas sind sie nicht ausreichend.

Es wird sich als Fehler herausstellen, nur auf E-Autos zu setzen, weil die Kapazitäten bezüglich Stromerzeugung dafür nicht ausreichend sein werden. Es ist abzusehen, dass der deutsche Sonderweg bezüglich Stromerzeugung ohne Kohle und Kernenergie, nicht funktionieren wird. Egal wie viele Windräder und Solaranlagen noch gebaut werden, wenn mehrere Tage hintereinander Dunkelflaute ist und auch wenn in der Nacht der Wind nicht weht, kann kein Strom erzeugt werden. Sich dann auf die Nachbarländer verlassen zu können, kann sich als Wunschdenken erweisen.

Das Bayerische Umweltministerium hat mir bestätigt, dass alle Maßnahmen in Deutschland bezüglich Reduzierung des CO2-Ausstoßes keinen Einfluss auf das globale Klima haben werden. Warum aber dann die Sicherheit der Stromerzeugung aufs Spiel setzen und auch die Beschädigung vieler Wirtschaftszweige? Und leider wird durch die ständige und gewollte Verteuerung der Energie der Bürger zukünftig finanziell stärker belastet, was zu Unzufriedenheit führt und auch politische Folgen haben wird. Deutschland ist kein Vorbild für andere Länder, das ist auch Wunschdenken.

Freundliche Grüße

Udo Brozowski

Betreff: Editorial Oktober-Ausgabe IHK-Magazin: "Für fairen Ausgleich sorgen"

Von: Manfred Gößl <Goessl@muenchen.ihk.de>

Datum: 11.10.2021, 14:47

An: <u.brozowski@t-online.de>

Sehr geehrter Herr Brozoswki,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 7. Oktober 2021.

Es gibt hohe wissenschaftliche Evidenz, dass menschliche Aktivitäten die Hauptursache der laufenden globalen Erwärmung sind. Mehr dazu u.a. unter

<https://www.umweltbundesamt.de/themen/ipcc-bericht-klimawandel-verlaeuft-schneller>

Die Mehrzahl der Staaten ist sich einig, dass der Anstieg der weltweiten Mitteltemperatur auf 2 Grad, möglichst auf 1,5 Grad, begrenzt werden soll. Dazu muss der Höhepunkt des Ausstoßes an Kohlendioxid bald erreicht und in der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts deutlich reduziert werden.

Der Europäische Rat (also die höchste Vertretung der EU-Mitgliedsländer) legt die politischen Vorgaben für das Handeln der EU fest. Mit dem Bekenntnis der EU zur Klimaneutralität bis 2050, das die Staats- und Führungsspitzen in ihrer strategischen Agenda verankert und im Dezember 2019 bekräftigt haben, wurde ein klares Ziel für die kommenden Jahre festgelegt. Die Kommission ist mit der Erarbeitung eines Vorschlags beauftragt, Die Kommission übermittelt dem Rat der EU und dem Parlament ihre im Rahmen des Grünen Deals unterbreiteten Vorschläge und Initiativen. Die EU-Ministerinnen und -Minister erörtern in verschiedenen Ratsformationen die vorgeschlagenen gesetzgeberischen und nicht gesetzgeberischen Maßnahmen. Der Green Deal wird nach einem dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren, bei dem der Rat und das Europäische Parlament gemeinsam als Gesetzgeber tätig werden. Eine Kompetenzüberschreitung der EU-Kommission liegt also mit dem Vorschlag des Green Deal nicht vor.

Die IHK tritt für Technologieoffenheit (also gegen Verbote) und für Marktlösungen in der Energie- und Umweltpolitik ein. Als Leitinstrument der CO₂-Reduzierung sehen wir den Emissionshandel, wie in den Sektoren Energie, Industrie und Luftverkehr bereits EU-weit geregelt (aktueller CO₂-Marktpreis je Tonne = 62 Euro). Auf nationaler Ebene hat Deutschland für Verkehr und Wärme einen CO₂-Preis von 25 Euro je Tonne seit 2021 eingeführt. Langfristig richtig wäre, unabhängig von der Emissionsquelle einen EU-weiten Emissionshandel mit jährlich reduzierten Mengen zu implementieren; dies sehen mehr als 90 Prozent der namhaften Wirtschaftsforschungsinstitute ebenso.

Der Hebel der Energie- und Umweltpolitik in Deutschland ist es, Technologien zu kreieren, deren Wirkungsgrad deutlich höher ist als gegenwärtig - ob Windkraft, PV, Wasserstoffwirtschaft oder konventionelle Turbinentechnik. Andere Länder sind zuletzt dynamischer unterwegs als Deutschland. Damit gefährden wir Wertschöpfungsanteile der Zukunft. Der Staat ist aufgefordert, den Weg miteinander mit der Wirtschaft zu gehen, nicht gegeneinander durch Klein-Klein, Regulierungsflut und Verbote.

Freundliche Grüße - auch im Namen unseren Präsidenten Prof. Klaus Josef Lutz

Dr. Manfred Gößl

Hauptgeschäftsführer